

LANDESZEITUNG

kritisch | überparteilich | unabhängig

Die Konservativen jubeln

Ministerpräsident Werner Ordnung will weiter regieren



Gewinner Werner Ordnung feiert in der Parteizentrale.

Jubel bei den Konservativen. Mit 30 Prozent der Wählerstimmen sind sie wieder stärkste Kraft im Land. Ministerpräsident und Spitzenkandidat Werner Ordnung will weiter regie-

ren: „Die Wähler haben für Sicherheit und Wachstum gestimmt. Wir haben einen klaren Auftrag. Für dieses Vertrauen bedanke ich mich bei den Wählern.“

Mehr Briefwähler

Bei der Landtagswahl gab es mehr Briefwähler als je zuvor. Wahlleiterin Kerstin Zähler: „Wahrscheinlich hat der Wahltermin am Feriende viele Wähler bewogen, schon vor der Urlaubsfahrt per Briefwahl ihre Stimme abzugeben.“

ÖkoJu fordert Wahl ab 16

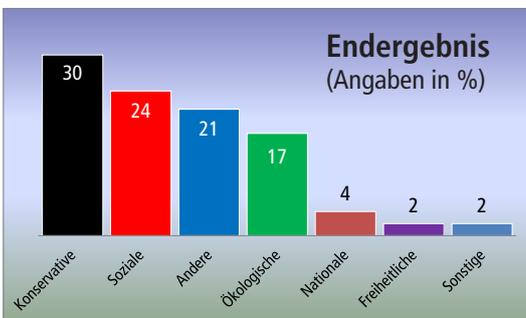
Die Jugendorganisation der Ökologischen forderte am Wahlabend die Absenkung des Wahlalters auf 16. ÖkoJu-Landesvorsitzende Frida Schulz: „Viele Jugendliche haben sich sehr im Wahlkampf engagiert. Sie sind an Politik interessiert und sie sind von den Entscheidungen der Politik betroffen. Warum dürfen Jugendliche nicht wählen?“ Forderungen nach Absenkung des Wahlalters wurden in den letzten Jahren von verschiedenen Jugendorganisationen der Parteien vorgetragen.

Schwache Wahlbeteiligung

Nur 49,5 Prozent der Wahlberechtigten kamen zur Wahl. War das schöne Wetter schuld? Waren viele Bürger noch im Urlaub? Oder war es der flauere Wahlkampf? Fakt ist, das ist die bisher zweitschwächste Wahlbeteiligung bei einer Landtagswahl.

Partner gesucht

Die Freiheitlichen scheitern und die Anderen überraschen

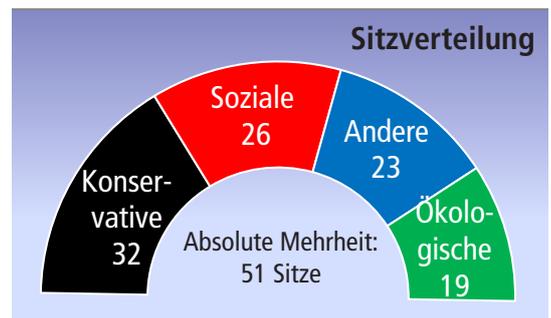


Nach einem langen Wahlkampf stand die zentrale Entscheidung des gestrigen Wahlabends schnell fest: Die Wähler entzogen der Koalition aus Konservativen und Freiheitlichen das Vertrauen. Bei der Landtagswahl bestätigte sich der Abwärtstrend der Freiheitlichen. Nun werden sich die Konservativen einen neuen Koalitionspartner suchen

müssen. Die Konservativen stellen die stärkste Fraktion und haben damit den Auftrag, die Regierung zu bilden.

Insgesamt vier Parteien ziehen in den neuen Landtag ein. Bei voraussichtlich 100 Abgeordneten, stellen die Konservativen mit 32 Abgeordneten die stärkste Fraktion. Spitzenkandidat Werner Ordnung: „Wir haben die Wahl gewonnen und werden nun in aller Ruhe sondieren, mit wem wir eine Koalition bilden. Wichtig ist eine stabile Regierung für das Land.“

Ordnung schloss eine Zusammenarbeit mit den Anderen erst auf Nachfrage aus. Deren starkes Abschneiden war die Überraschung



der Wahl. Die Anderen werden mit 23 Abgeordnete in den neuen Landtag einziehen. Erwartungsgemäß werden auch die Sozialen mit 24 und die Ökologischen mit 17 Abgeordneten vertreten ein.

Damit haben die Konservativen zwei potentielle Koalitionspartner. Martin Worker von den Sozialen bietet sich schon am Wahlabend als Partner an: „Wenn wir das Land für alle Bürger und Bürgerinnen besser machen können, werden wir uns der Verantwortung nicht entziehen.“

Danke. Und noch mal Danke

Erste Stimmen der Spitzenkandidaten nach der Wahl



Wenke Schmidt-Verde, Werner Ordnung, Martin Worker und Germania Eisen (von links) im Wahlstudio der Landesfunk-Anstalt

Eine Stunde nach Schließung der Wahllokale trafen sich die Spitzenkandidaten der im neuen Landtag vertretenen Parteien zu einem ersten Schlagabtausch im Wahlstudio der Landesfunk-Anstalt. Sie blieben ihrer Linie aus dem Wahlkampf treu und unterstrichen ihre politischen Standpunkte. Koalitionsaussagen wollte keiner zu diesem Zeitpunkt treffen. Ministerpräsident Werner Ordnung hält sich alle Optionen offen.

Germania Eisen, Spitzenkandidatin der Anderen: „Die Wähler haben ihr Votum

abgegeben. Die Anderen sind der Überzeugung, dass der Bürger am besten weiß, was gut für ihn ist. Mehr direkte Demokratie: Jetzt. Wir werden einen Antrag stellen, der zukünftig die Anzahl der Volksentscheide erhöhen soll.“

Werner Ordnung, Ministerpräsident und Spitzenkandidat der Konservativen: „Wir haben die Wahl gewonnen. Der Dank gilt unseren Wählern. Die Konservativen werden den begonnenen Weg konsequent fortführen. Familie, Tradition, innere Sicherheit sowie eine wachstumsstarke Wirtschaft sind die Eckpfeiler unserer Politik.“

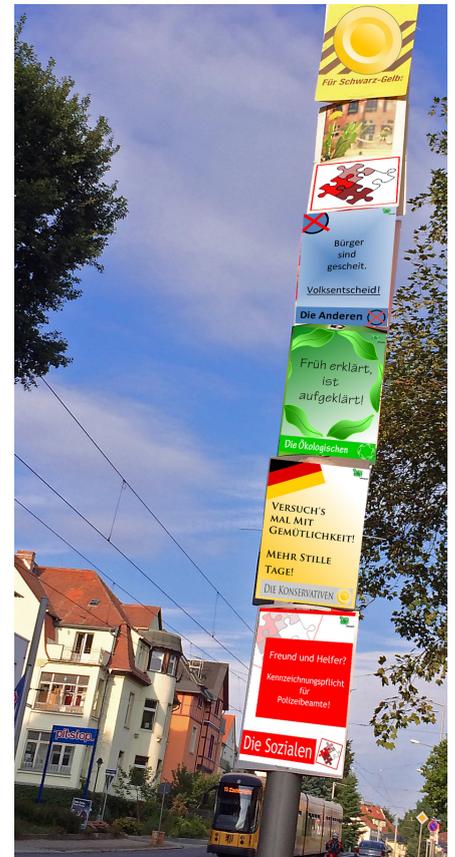
Wenke Schmidt-Verde, Spitzenkandidatin der Ökologischen: „Nachhaltigkeit und die Förderung der Toleranz sind die Kernanliegen der Ökologischen. Nur wer Ressourcen schont, stellt die Gesellschaft auf ein zukunftsfähiges Fundament. Der Souverän hat uns eine Aufgabe in der Opposition zugeordnet. Diese Rolle nehmen wir aktiv an. Wir werden der Regierung genau auf die Finger schauen.“

Martin Worker, Spitzenkandidat der Sozialen: „Danke allen Wählerinnen und Wählern für das Vertrauen. Wir stehen für ein solidarisches Miteinander – sehen den Staat als Dienstleister für die Bürger. Gleichzeitig verschließen die Sozialen nicht die Augen vor den Veränderungen in der Gesellschaft.“

Anzeige



Wähler sind den Parteien teuer wie nie



Werbung überall. Finanziell haben es die Parteien in diesem Wahlkampf richtig krachen lassen.

Seit Wochen prägen Wahlplakate das Straßenbild im Land. Die Parteien ließen beim Kampf um Wählerstimmen nichts unversucht. Besuche im Altersheim waren gestern. Dieses Jahr besuchten die Parteien die Wähler am Ostsee-Strand und starteten aufwendige Foto-Kampagnen. Dazu gab es die bekannten Plakate, Informationsstände und Fernsehspots. Der Wahlkampf 2014 war eine Materialschlacht. Die Ökologischen, die Anderen und die Nationalen investierten jeweils 300.000 Euro. Die Freiheitlichen stockten ihren Etat auf 550.000 Euro auf. Mit jeweils 1,5 Millionen Euro hatten die Wahlkampf-Manager der Konservativen und der Sozialen die deutlich größten Budgets zur Verfügung.

Tausende Wahlhelfer

Der reibungslose Ablauf der Wahl und die anschließenden Ergebnisermittlung in den Wahllokalen und Briefwahlbezirken war nur mit Hilfe tausender Wahlhelfer möglich. Ohne deren Mitarbeit wären Wahlen als zentrales Element einer repräsentativen Demokratie kaum durchführbar.

Reden kann jeder

Wahlkampf ist Redezeit. Nicht alle Kandidaten waren darauf vorbereitet. Drei Punkte für eine gute Rede.



Prof. Dr. Klaus-Maria Siegesmund in Aktion. „Ein starker Anfang ist wichtig.“

Wahlkämpfer und Wahlkämpferinnen müssen reden. Täglich halten sie Ansprachen auf Marktplätzen, reden mit Passanten oder geben Interviews. Dabei wollen sie überzeugen, Wählerstimmen gewinnen. Nicht immer gelingt das, wie der Wahlkampf zeigte. **Prof. Dr. Klaus-Maria Siegesmund von der Landes-Rede-Anstalt** ist überzeugt, reden kann jeder. Wir haben ihn um Tipps gebeten. Wie gewinnt man die Aufmerksamkeit des Publikums? Und wie hält man den Kontakt zum Publikum?

Früher oder später kommt jeder im beruflichen Alltag oder im privaten Umfeld in die Situation, vor einer Gruppe sprechen zu müssen. Egal ob Projektpräsentationen, Geburtstags- oder Parlamentsreden, alle erfolgreichen Reden folgen einer einfachen Grundstruktur:

- ein starker Anfang schafft Aufmerksamkeit
- im Mittel werden Fakten sowie Argumente aufgeführt und
- im Schluss wird die Botschaft verankert.

Der Erste Eindruck zählt

Ein guter Anfang prägt den ersten Eindruck, das Publikum entscheidet, ob es dem Redner oder der Rednerin Aufmerksamkeit schenkt oder lieber Alltagsdingen nachhängt.

Für einen effektvollen Anfang gibt es verschiedene Möglichkeiten. Hierzu gehören beispielsweise Provokationen: „Rauchen tötet. Jedes Jahr sterben an den Folgen des Rauchens mehr Amerikaner als im zweiten Weltkrieg und im Vietnamkrieg umgekommen sind.“ Wirkungsvoll ist auch eine rhetorische Frage zu Beginn: „Was machen Sie, wenn Sie im Zimmer Ihres Kindes Drogen finden?“ Ein guter Anfang kann dramatisch sein, sachlich oder auch wissenschaftlich. Wichtig ist, dass der Anfang Interesse weckt, zum Thema und zum Redner passt. Spitzen Sie zu! Seien sie wirkungsvoll, aber verbiegen Sie sich nicht.

Zum guten Stil gehört es, das Publikum direkt anzusprechen. Im Parlament z.B. lautet die korrekte Ansprache „Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen“ bzw. „Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen“.

Fakten und Argumente

Im Hauptteil der Rede wird das Thema beleuchtet. Hier zählen Fakten und Argumente. Es ist sinnvoll, sich auf drei zentrale Punkte des Themas zu konzentrieren und die positiven und negativen Argumente darzustellen. Zumindest das zentrale Argumente der Gegenseite sollte einbezogen werden.

Jeder Punkt („erstens“, „zweitens“, „drittens“) wird gesondert benannt und mit Pro und Kontra behandelt, so dass Ihnen das Publikum gut folgen kann.

Die Botschaft zum Schluss

Ein guter Schluss bleibt im Gedächtnis. Jetzt kommt die Kernbotschaft, die Sie dem Publikum vermitteln möchte. Sagen Sie die Botschaft kurz und klar.

Sehr wirkungsvoll ist ein konkreter Handlungsappell. Statt „Tun Sie etwas gegen die Armut in der Dritten Welt“ ist die Formulierung „Helfen Sie mit einer Spende für das Projekt ‚Menschen für Menschen‘ den Armen in Äthiopien“ besser.

Hammelsprung und Plenum

Der Landtag von A bis R. Wichtige Begriffe zum Mitreden

Ausschüsse

In der Bundesrepublik Deutschland existieren ausschließlich Arbeitsparlamente. D.h. neben den öffentlichen Rededuellen im Plenum, arbeiten die Parlamente zielgerichtet an den eingebrachten Gesetzen. Diese Arbeit erfolgt in der Regel in den Ausschüssen, die die gleichen Mehrheitsverhältnisse wie das Plenum aufweisen. Die Ausschüsse werden spiegelbildlich zu den Ministerien gebildet.

Fraktionen

Parlamentarier, meist einer Partei, bilden eine Fraktion. Nach außen tritt man einheitlich auf. Diese sogenannte Fraktionsdisziplin ist eine Notwendigkeit, um den politischen Wettbewerbern und der Öffentlichkeit keinen Anlass zur Kritik zu geben. Intern freilich ringt man in Sitzungen um die zu verfolgende Linie. Es kommt also durchaus vor, dass der Parteichef und/oder Regierungschef um Unterstützung für seine Positionen werben muss. Jede Fraktion bildet zudem Arbeitsgruppen, die am Vorbild der Ausschüsse orientiert sind. Für diese werden einzelne verantwortliche Experten gewählt.

Fraktionsvorsitzender

Der Vorsitzende der Fraktion ist für eine faire und ergebnisorientierte Diskussionskultur verantwortlich. Auch wenn es innerparteilich Streit über Gesetzesvorlagen gibt, muss der Fraktionsvorsitzende darauf hinwirken, dass ein Kompromiss gefunden wird. Bei wichtigen Vorhaben muss er überdies die Fraktionsdisziplin sicherstellen, d.h. dass alle Mitglieder einheitlich abstimmen.

Freies Mandat

Jeder Abgeordnete verfügt über ein freies Mandat. Er ist also nicht weisungsgebunden. Zwar stellt er sich (und seine Partei) zur Wahl, wird demnach an seinen Zusagen im Wahlkampf gemessen werden, rechtlich bindend sind diese Wahlkampfaussagen für ihn (und die Partei) aber nicht. Der Abgeordnete ist nur seinem Gewissen verpflichtet. Da man in der Politik nur als Mannschaft erfolgreich sein kann, stimmen die einzelnen Abgeordneten fast immer entsprechend der Fraktionsdisziplin. In der Regel möchte ein Parlamentarier (Partei) wiedergewählt werden, darum wird er sich (und seine Partei) stets am Wählerwillen orientieren.

Hammelsprung

Ist das Abstimmungsergebnis zu einer Gesetzesvorlage nicht eindeutig, werden alle Parlamentarier aufgefordert, das Plenum zu verlassen. Im Anschluss betreten sie die Versammlung wieder durch drei verschiedene Eingänge (JA, NEIN, ENTHALTUNG). So kann man das exakte Abstimmungsverhalten ermitteln.

Koalition

Eine Koalition ist ein Zweckbündnis. Im Parlament ist eine Koalition ein Zusammenschluss mehrerer Fraktionen. Sie werden gebildet um eine Regierung zu tragen (Regierungskoalition) oder um Vertreter der Opposition zu stärken. Heute ist es üblich, dass Regierungskoalitionen in einem Koalitionsvertrag regeln, welche Gesetzesvorhaben in der Regierungszeit umgesetzt werden sollen.

Misstrauensvotum

Parlamentarische Mehrheitsverhältnisse können sich (jederzeit) ändern. Um einen Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten herbeizuführen, nutzt man das Instrument des Misstrauensvotums. Auf Antrag wählt der Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger für das Amt des Regierungschefs.

Opposition

Sie ist das Gegenstück zur Regierung. Sie besteht aus allen nicht an der Regierung beteiligten Fraktionen. Auch die Oppositionsfraktionen können eigene Anträge in das Parlament einbringen. Hauptsächlich besteht ihre Funktion aber darin, sich kritisch mit dem Regierungshandeln auseinanderzusetzen.

Parlament

Im Zentrum des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland und Sachsens befindet sich das Parlament, die gesetzgebende Gewalt. Hier werden nicht nur Gesetze eingebracht, bearbeitet und von der Mehrheit verabschiedet, sondern auch der Regierungschef gewählt. Der Regierungschef – Kanzler oder Ministerpräsident – muss sich im Laufe der Legislaturperiode der parlamentarischen Mehrheit, die ihn ins Amt gebracht hat, stets sicher sein. Die vom Parlament verabschiedeten Gesetze bilden die Grundlage für das Handeln aller anderen staatlichen Einrichtungen.

Anzeige



VERSUCH'S
MAL MIT
GEMÜTLICHKEIT!

MEHR STILLE
TAGE!

DIE KONSERVATIVEN 

Parlamentarischer Geschäftsführer

Sie unterstützen den Fraktionsvorsitzenden bei der alltäglichen Arbeit. Bereiten Fraktionsitzungen vor, tauschen sich mit den Parlamentarischen Geschäftsführern anderer Parteien aus, um stets im Bilde zu sein, welche Themen auf der parlamentarischen Agenda stehen.

Parlamentarische Mehrheit

Um Ideen in der Politik in Gesetze umzusetzen, werden Mehrheiten benötigt. Bei den Wahlen entscheidet der Wähler, welche Parteien mit wievielen Abgeordnete im Parlament vertreten sind. Regierungen werden normalerweise von der absoluten Mehrheit der Abgeordneten getragen. Die meisten Entscheidungen im Parlament benötigen auch die absolute Mehrheit. Sie errechnet sich wie folgt: Anzahl der Sitze im Parlament/2 + ein Sitz. Für die Änderung der Verfassung bedarf es einer Zustimmung von mindestens Zweidrittel des Parlaments. Meist ist hier die Zustimmung einzelner Oppositionsvertreter nötig.

Plenum

Dies ist die Vollversammlung des Parlaments. Hier werden Generaldebatten geführt und Gesetze formal eingebracht und verabschiedet. All dies erfolgt öffentlich. Auf Fragen muss man also gute Antworten finden, will man sich nicht blamieren.

Regierung

Die Regierung, die vollziehende Gewalt, wird von der Mehrheit der Abgeordneten getragen. Sie besteht aus dem Regierungschef und den Ministern. Diese leiten ihre Ministerien eigenverantwortlich. Der Regierungschef besitzt eine allgemeine Richtlinienkompetenz, er sagt im Großen und Ganzen also, wo es langgehen soll.

Der große Kompromiss

Koalitionsverträge als Fahrpläne für Regierungen

Noch ist unklar, wie die neue Regierung aussieht. Wahlsieger und Ministerpräsident Werner Ordnung hat angekündigt, eine neue Regierung bilden zu wollen. Da ihm mit den Freiheitlichen der Koalitionspartner verloren gegangen ist, braucht er neue Partner. Es ist zu erwarten, dass die Konservativen das Gespräch mit den Sozialen und den Grünen suchen. Gespräche mit den Anderen hat Ministerpräsident Ordnung nur halbherzig verneint. Aktuell sind diese eher unwahrscheinlich, aber als Machtoption nicht auszuschließen. Rein theoretisch ist aber auch eine Koalition aus Sozialen, Anderen und Ökologischen möglich. Das ist politisch aber kaum vorstellbar.

Ein Koalitionsvertrag ist ein großer Kompromiss. Er wird zwischen zwei oder mehreren Fraktionen geschlossen und regelt die Zusammenarbeit einer Koalition während der anstehenden Legislaturperiode. Der Koalitionsvertrag beschreibt das Regierungsprogramm und die Vorhaben der von der Koalition getragenen Regierung. Die beteiligten Fraktionen vereinbaren im Koalitionsvertrag die personellen und sachlichen Bedingungen, unter denen sie bereit sind, gemeinsam eine Koalition zu tragen. Es werden also nur Vorhaben aufgenommen, welche alle Koalitionspartner akzeptieren. Das verlangt die Bereitschaft zu großen inhaltlichen Abstrichen bei allen Beteiligten. Will man eigene Themen durchbringen, muss

man dem Partner Zugeständnisse machen. Aber nicht alle Wahlversprechen werden in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Hier ist Verhandlungsgeschick gefragt.

Die Geschichte der Koalitionsverträge in Deutschland ist relativ jung. Koalitionen fußen meist auf den Regierungserklärungen der Reichskanzler bzw. der Bundeskanzler in welchen die geplante Regierungspolitik in groben Zügen umrissen worden. Daneben gab es einzelne Absprachen, aber keine Verträge. Der erste Koalitionsvertrag in der Bundesrepublik wurde 1961 zwischen den Fraktionen von CDU/CSU und FDP vereinbart.

Koalitionsverträgen sind keine juristischen Verträge, sie sind eher Absichtserklärung. Die beteiligten Fraktionen werden versuchen, die Abgeordneten ihrer Fraktionen zur Unterstützung der Regierung zu bewegen. Diese

Anzeige

Freund und Helfer?
Kennzeichnungspflicht für
Polizeibeamte!

Die Sozialen

Unterstützung können die Fraktionen aber nicht garantieren, denn für die Abgeordneten gilt das freie Mandat. Daher kann bei einem Koalitionsvertrag nichts eingeklagt werden.

„Politik ist geil“

Bei der Landeszentrale kann jeder Gesetze machen

„Heute wird gespielt!“ Diese Ansage gibt es im Landtag nun öfter, immer wenn die Landeszentrale für politische Bildung zum Planspiel Mittendrin im Landtag einlädt. Dann gibt es für Jederman Parlamentspolitik im Spiel und im Zeitraffer.



Politik zum ausprobieren. Eine Studentengruppe spielt Landtag.

Jeder kann in die Rolle von Abgeordneten schlüpfen und für einen Tag Gesetze verabschieden. Das Spiel hat aber einen realen Hintergrund, es zeigt ein realistisches Bild der Parlamentsarbeit. Die Spielregeln sind dem politischen Alltag nachempfunden. Nur wer sie beherrscht, wird seine Gesetze durchbringen. Das Szenario verkürzt auf die wesentlichen Akteure und Strukturen. Es gibt vier Fraktionen und vier Gesetzanträge. Diese werden in Ausschüssen und den Fraktionen beraten. Im Plenum wird öffentlich für die eigenen Argumente geworben und abgestimmt.

Nach dem Spiel wissen die Teilnehmer, wie der Landtag funktioniert. Ausdauer, Argumente und Mehrheiten zählen, politische Gegner müssen keine Feinde sein und leere Sitze im Plenum sind kein Beleg für Untätigkeit. So wird Wissen aktiv und spielerisch erschlossen. Das Planspiel zeigt mit seinen unterschiedlichen Rollen den Teilnehmern neue Perspektiven und regt zum Nachdenken an. Manchmal spontan, erstaunlich und für das Hohe Haus ungewöhnlich: „Politik ist geil.“

Anzeige

Bürger sind gescheit.
Volksentscheid!
Die Anderen

Droht das Tanzverbot?

Sobald der Landtag arbeitsfähig ist, wollen die Fraktionen Gesetze auf den Weg bringen. In den Schubladen liegen die ersten Anträge, einige mit Brisanz. Ein Überblick.

Im Wahlkampf haben die Parteien zahlreiche politische Vorhaben angekündigt. Einige Gesetzesanträge sind bereits ausgearbeitet. Sobald der Landtag konstituiert ist und die Regierung steht, werden Gesetzesanträge zum Tanzverbot, der Kennzeichnungspflicht von Polizisten, der Vereinfachung von Volksentscheiden, der Energiewende und der sexuellen Erziehung an Schulen verhandelt. Ganz gleich, welche Koalition das Land regieren wird, in dieser Liste ist reichlich politischer Sprengstoff versteckt.

Ausweitung des Tanzverbotes

Die Konservativen wollen eine Ausweitung des sogenannten Tanzverbotes. Neben Karfreitag, Buß- und Betttag, Volkstrauertag und Totensonntag soll auch am Holocaustgedenktag, Aschermittwoch, Gründonnerstag, Karsamstag, Reformationstag und Heiligabend Ruhe herrschen. Öffentliche Tanzveranstaltungen, Vergnügungen und Sportveranstaltungen sollen dann nach dem Willen der Konservativen ganz-tägig untersagt sein. Hier gibt es Gemeinsamkeiten mit den Anderen. Diese unterstützen die Forderung mit Verweis auf Tradition und Heimat.

Ausweitung des Tanzverbotes?

-  Andere, Konservative
-  Soziale
-  Ökologische

Kennzeichnungspflicht für Polizisten

Die Sozialen belasten eine mögliche Schwarz-Rote-Koalition mit einer mächtigen Herausforderung. Sie wollen die Kennzeichnungspflicht für Polizisten einführen. Diese soll mehr Transparenz und Sicherheit für die Bürger bei öffentlicher Polizeiarbeit schaffen. Bisher müssen sich Polizisten nur auf Verlangen auszuweisen, soweit es die Umstände zulassen und der Zweck der polizeilichen Maßnahme nicht gefährdet wird. Eine Kennzeichnungspflicht für Polizisten gibt es bereits in Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Die Konservativen tun sich mit dieser

Kennzeichnungspflicht für Polizisten?

-  Ökologische, Soziale
-  Konservative
-  Andere

Forderung schwer. Sie fürchten unrechtmäßige Anschuldigungen gegen Polizisten und verweisen darauf, dass es in den letzten zwei Jahre 273 Ermittlungsverfahren gegen Polizisten wegen Körperverletzung im Amt gab, von denen 90 Prozent eingestellt wurden.

Leichtere Volksentscheide

Die Anderen wollen die Verfassung ändern. Unterstützung könnten sie dabei von den Ökologischen bekommen, es geht um die Vereinfachung von Volksentscheiden. Bisher müssen 15 Prozent der Wahlberechtigten den Antrag auf einen Volksentscheid unterstützen, damit dieser durchgeführt wird. Die Anderen sehen darin eine zu hohe Hürde, welche sie auf 10 Prozent absenken wollen. Auch wenn die Anderen auf die Unterstützung der Ökologischen – welche sich traditionell für eine starke Bürgerbeteiligung einsetzen – zählen können, wird dieses Vorhaben schwierig umzusetzen sein. Die nötige Verfassungsänderung braucht die Stimmen von zwei Dritteln aller Abgeordneten im Landtag – zumindest von den Konservativen ist keine Unterstützung zu erwarten.

Leichtere Volksentscheide?

-  Andere, Ökologische
-  Soziale
-  Konservative

Spaltpilz Sexualerziehung

In den Schubladen der Ökologischen wartet ein weiterer Aufreger für die Landespolitik, sie fordern eine Sensibilisierung für sexuelle Identitäten und Geschlechtervielfalt in der Schulen. Die Lehrpläne sollen zukünftig Raum zur freien und nicht wertenden Vermittlung von sexuellen Identitäten, Orientierungen und Lebensweisen bieten. Kinder sollen unterschiedliche Lebensentwürfen respektieren. Aktuell würde die heterosexuelle Beziehung zwischen Mann und Frau bildungspolitisch bevorzugt. Die besondere Stellung des klassischen Familienbildes entspricht ganz den Vorstellungen der Konservativen und der Anderen. Die Sozialen haben sich davon längst verabschiedet.

Liberalisierung der Sexualerziehung?

-  Ökologische
-  Soziale
-  Andere, Konservative

Eigentlichen unterstützen die Sozialen die Sensibilisierung für sexuelle Identitäten und Geschlechtervielfalt, wenn sie allerdings mit den Konservativen eine Koalition eingehen, ist bei diesem Thema der Krach vorprogrammiert.

Aus für die Braunkohle?

Die Ökologischen haben noch einen weiteren Brisanz-Antrag in petto. Der Landtag soll die Umstellung der Energieerzeugung auf regenerative Energieträger zum Jahr 2030 beschließen. Damit setzen sie die Sozialen unter Druck. Diese hatten sich schon vor Jahren für den Ausbau der regenerativen Energien ausgesprochen. Ganz anders die Konservativen, diese setzten unverändert auf Braunkohle, um die Industrie vor Belastungen bei der Energiewende zu schützen.

Nur noch regenerative Energieträger?

-  Ökologische
-  Soziale
-  Andere, Konservative

Impressum

Herausgeber:
Sächsische Landeszentrale für politische Bildung
Schützenhofstraße 36
01129 Dresden
Tel.: 0351 85318-0
Fax: 0351 85318-55
E-Mail: info@slpb.smk.sachsen.de
Internet: www.slpb.de | www.infoseiten.slpb.de | www.facebook.com/slpb1

Öffnungszeiten der Publikationsausgabe und Bibliothek:

Montag	09:00 - 11:30 Uhr
Dienstag	09:00-11:30 und 13:00-16:00Uhr
Mittwoch	13:00 - 16:00 Uhr
Donnerstag	14:00 - 18:00 Uhr
Gesprächszeiten nach Vereinbarung.	

Verteilerhinweis: Die Landeszeitung ist ein Lehrmittel, welches von der SLpB im Rahmen ihres Auftrages herausgegeben wird. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.
Readaktionsschluss 1. Juni 2015.